



Verbandsversammlung am 15. Juli 2022

- öffentlich -

Vorlage zu TOP 2

**Rohstoffkonzept des Landes, Studie zu Rohstoffströmen in der Bodenseeregion,
Klimaschutzgesetz Baden-Württemberg / Task Force zur Beschleunigung des Ausbaus
der erneuerbaren Energien**

**Bericht des Staatssekretärs Dr. Andre Baumann, MdL, Ministerium für Umwelt, Klima
und Energiewirtschaft**

Kenntnisnahme

Die Verbandsversammlung nimmt den Bericht des Staatssekretärs Baumann zur Kenntnis.

Inhaltsverzeichnis

Anlage 1: Portrait Staatssekretär Dr. Andre Baumann, 12.05.2022, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg

(Quelle: <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/ministerium/staatssekretaer/>)

Anlage 2: Nachhaltige Nutzung mineralischer Rohstoffe in Baden-Württemberg, Konzept und Veröffentlichung Homepage, 08.02.2022, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg

(Konzept: https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Allgemein/Nachhaltige-Nutzung-mineralischer-Rohstoffe-in-Baden-Wuerttemberg_01.pdf ;

Homepage: <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/umwelt-natur/geologie-rohstoffe-und-bergbau/nachhaltige-rohstoffsicherung/>)

Anlage 3: Vergleich Rohstoffkonzept des Landes von 2021 mit dem Entwurf des Regionalplans von 2020, Gegenüberstellung der Maßnahmen des Landeskonzeptes zu den Plansätzen und Text des Regionalplanentwurfs der Region Bodensee-Oberschwaben, RVBO 05.07.2022

Anlage 4: Pressemitteilung - IBK-Studie gibt Aufschluss über die länderübergreifenden mineralischen Rohstoffströme in der Bodenseeregion, 09.02.2022, Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg

(Pressemitteilung: <https://um.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/ibk-studie-gibt-aufschluss-ueber-die-laenderuebergreifenden-mineralischen-rohstoffstroeme-in-der-bodense/>;

IBK-Studie: https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/3_Umwelt/Rohstoffe/20211130-Endbericht-Rohstoffstudie-bf.pdf)

Anlage 5: Mail des Verbandsdirektors Dr. Heine an die Mitglieder der Verbandsversammlung der Region Bodensee-Oberschwaben zur Veröffentlichung der IBK-Studie, RVBO 09.02.2022

Anlage 6: Pressemitteilung zum Windbranchentag, 18.05.2022, Staatsministerium Baden-Württemberg

(Pressemitteilung: <https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/erneuerbare-energien-massiv-und-deutlich-schneller-ausbauen/>)



**Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-
Württemberg**

📅 12.05.2021

STAATSSSEKRETÄR

Dr. Andre Baumann



© Umweltministerium/Regenscheit

Dr. Andre Baumann MdL wurde 1973 in Heidelberg geboren, ist in Schwetzingen aufgewachsen, wo er auch heute mit seiner Familie lebt. Er hat an der Universität Marburg Biologie mit den Schwerpunkten Naturschutz und Ökologie studiert. Parallel hat Dr. Baumann MdL ein zweites Hauptstudium der Rechtswissenschaften absolviert, aber nicht abgeschlossen. An der Universität Regensburg wurde der Diplom-Biologe promoviert.

Von 2005 bis 2007 war Dr. Baumann MdL stellvertretender Leiter des Instituts für Agrarökologie und Biodiversität (IFAB) in Mannheim. In dieser Zeit und den Jahren darauf arbeitete er zudem als Lehrbeauftragter für Naturschutz an verschiedenen Hochschulen.

Von 2007 bis 2016 führte er als hauptamtlicher Landesvorsitzender des NABU Baden-Württemberg den mitgliederstärksten Umweltverband Baden-Württembergs.

Von Mai 2016 bis Januar 2020 war er Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg, danach von Februar 2020 bis Mai 2021 Staatssekretär im Staatsministerium und Bevollmächtigter des Landes Baden-Württemberg beim Bund. Bei der Landtagswahl 2021 wurde er für den Wahlkreis Schwetzingen als direkt gewählter Landtagsabgeordneter in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt.

Seit Mai 2021 ist Dr. Baumann MdL wieder Staatssekretär im Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg.

Link dieser Seite:

<https://um.baden-wuerttemberg.de/de/ministerium/staatssekretaer/?type=98>

Nachhaltige Nutzung mineralischer Rohstoffe in Baden-Württemberg

- Konzept -



Baden-Württemberg

MINISTERIUM FÜR UMWELT, KLIMA UND ENERGIEWIRTSCHAFT



Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg

VERANTWORTUNGSVOLLER UMGANG MIT NATÜRLICHEN RESSOURCEN

📅 08.02.2022

Nachhaltige Rohstoffsicherung



📷 Igrbwissen.lgrb-bw.de © Regierungspräsidium Freiburg - LGRB, 27.10.2021

Baden-Württemberg verfügt über eine Vielzahl hochwertiger Rohstoffvorkommen – besonders aus den Bereichen der Steine und Erden sowie der Industrieminerale. In derzeit knapp 500 Gewinnungsstellen werden pro Jahr fast 100 Millionen Tonnen mineralische Rohstoffe abgebaut. Diese werden überwiegend in der heimischen Bauwirtschaft verwendet und auch industriell genutzt.

Ein verantwortungsvoller Umgang mit unseren wertvollen Ressourcen ist geboten, denn die Vorkommen sind nicht unbegrenzt verfügbar. Ihr Abbau führt zu Eingriffen in die Natur und in unsere vielfältige Kulturlandschaft und hat Auswirkungen auf unsere Umwelt. Um den Verbrauch primärer Rohstoffe zu senken, sind **Ressourceneffizienz**, **Recycling** und Substitution (also der Ersatz durch nachwachsende Rohstoffe wie Holz oder andere primäre, klimafreundlichere Rohstoffe wie Lehm statt Beton) unbedingt notwendig.

Konzept soll nachhaltigen Umgang mit heimischen

Rohstoffen im Land stärken

Für eine sichere Versorgung des Landes mit Rohstoffen wird auch zukünftig die Gewinnung heimischer Primärrohstoffe erforderlich sein. Im [Konzept „Nachhaltige Nutzung mineralischer Rohstoffe in Baden-Württemberg“ \[PDF; 09/21; 6 MB\]](#) beschreibt die Landesregierung die Rahmenbedingungen und Leitlinien für ein zukünftig nachhaltiges, ressourcenschonendes und sozialverträglich gestaltetes Handeln.

Eine wichtige Maßnahme ist die Verbesserung der Datengrundlage, um Stoffströme besser abschätzen zu können. Eine vom Umweltministerium Baden-Württemberg mit Unterstützung der Internationalen Bodenseekonferenz in Auftrag gegebene [Studie \[PDF; 11/21; 5 MB\]](#) gibt zu den länderübergreifenden mineralischen Rohstoffströmen in der Bodenseeregion Auskunft.

Nach der Studie gibt es in allen Teilregionen der Internationalen Bodenseekonferenz Vorkommen mineralischer Rohstoffe. Diese werden überwiegend lokal bis regional verwendet. Ein sehr großer Anteil der mineralischen Rohstoffe wird innerhalb des eigenen Bundeslands/Kantons verbraucht. Es gibt aber auch grenzüberschreitende Rohstofftransporte zwischen den Bodenseeanrainerstaaten. Diese gehen in der Regel von grenznahen Standorten aus. Es besteht insgesamt ein Exportüberschuss aus dem deutschen Teilgebiet nach Vorarlberg und in das Schweizer Teilgebiet.

Das Umweltministerium arbeitet an der Umsetzung weiterer Maßnahmen, beispielsweise an der Organisation eines Rohstofftags zur Öffentlichkeitsarbeit sowie zum Wissenstransfer und zum Erfahrungsaustausch.

Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau

Zur sachgerechten Beurteilung und für ein verantwortungsvolles Handeln bei der Planung und Gewinnung der Primärrohstoffe sind in einem dicht besiedelten Land wie unserem detaillierte Informationen über die Vorkommen und Lagerstätten von mineralischen Rohstoffe notwendig. Diese werden vom Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau (LGRB) systematisch erhoben, einheitlich bewertet, anschaulich aufbereitet, dokumentiert und publiziert. Das Landesamt ist beim Regierungspräsidium Freiburg angesiedelt.

Weitere Informationen

[Landesamt für Geologie, Rohstoffe und Bergbau: Landesrohstoffgeologie](#)

Zum Herunterladen

[Konzept „Nachhaltige Nutzung mineralischer Rohstoffe in Baden-Württemberg“ \[PDF; 09/21; 6 MB\]](#)

[Endbericht zur Studie Länderübergreifende mineralische Rohstoffströme in der](#)



Geplante Ziele und Maßnahmen des Konzepts Nachhaltige Nutzung mineralischer Rohstoffe in Baden-Württemberg (09/2021)		Regionalplanentwurf Bodensee-Oberschwaben, Satzungsbeschluss 06/2021 Z= Ziel; G= Grundsatz; V= Vorschlag
M 1 Weitere Steigerung des Einsatzes von Sekundärrohstoffen	G (9) Im Hinblick auf die Nichtregenerierbarkeit der mineralischen Rohstoffe soll ein sparsamer und verantwortungsvoller Umgang mit den in der Region vorkommenden oberflächennahen, nicht erneuerbaren Bodenschätzen angestrebt werden. So weitgehend wie technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar sollen Primärrohstoffe durch wiederaufbereitete Materialien ersetzt werden. Auch anfallender Erdaushub aus Baumaßnahmen soll so weit wie technisch möglich und wirtschaftlich vertretbar wiedergewonnen und als Ersatz für Primärrohstoffe verwendet werden. V (10) Bei öffentlichen und privaten Ausschreibungen soll eine Substitution der Primärrohstoffe durch Recyclingprodukte angestrebt werden. Recycling- und Substitutionsmöglichkeiten sollen voll ausgeschöpft werden. Insbesondere soll hochwertiges Material nicht für Zwecke verwendet werden, zu denen Material mit geringeren Qualitätsanforderungen verwendbar wäre. Bemerkung: Ursprünglich als Grundsatz geplant, auf Anregung zurück gestuft.	
M 2 Vorbildfunktion der öffentlichen Hand beim Einsatz von Sekundärrohstoffen	s. Begründungen G(9), V (10): G (9) Es besteht grundsätzlich die Notwendigkeit, die Größenordnung der Rohstoffgewinnung zu verringern, um die zum Teil erheblichen Flächenbeanspruchungen und die daraus resultierenden Konflikte zu verringern und um die bestehenden Lagerstätten möglichst langfristig nutzen zu können. Eine Substitution bzw. Reduktion der Primärrohstoffe ist anzustreben. Hierzu soll der Einsatz von alternativen Baustoffen (z.B. Holz) und wiederaufbereiteten Baustoffen (Recyclingprodukte) gesteigert werden. Unbelasteter Bauschutt soll in der Region, soweit nach den technischen Vorgaben möglich, noch konsequenter wieder aufbereitet werden. Sinnvolle Möglichkeiten zum Recycling von belastetem Bauschutt sollen ebenfalls genutzt werden. Falls sich bei der Entwicklung von geeigneten technischen Verfahren für anfallenden Erdaushub aus Baumaßnahmen und bei bisher nicht verwertbaren Bestandteilen Möglichkeiten der Wiederverwertung ergeben, sollen diese Reststoffe, soweit technisch möglich und ökologisch und wirtschaftlich sinnvoll, wieder verwendet und als Ersatz für Primärrohstoffe verwendet werden. Vorhandene Lagerstätten sollen nicht durch Überbauung oder Überlagerung mit anderem Bodenmaterial entwertet bzw. unwiederbringlich einem Zugriff entzogen werden. Um die wertvollen Kies- und Sandressourcen zu schonen, sollen auch Massenkalksteine überall dort in der Region, wo es technisch möglich ist, verstärkt verwendet werden. V (10) Zur Schonung hochwertiger Kiese, die sich als Betonzuschlagstoffe eignen, ist darauf hinzuwirken, dass diese nicht weiter für Zwecke verwendet werden, bei denen geringere Qualitätsanforderungen ausreichen. An den Stellen, an denen dies möglich ist, soll der Einsatz von Kiesen und Sanden, sortiert und gebrochen, durch jeweilig geeignetes Recyclingmaterial ersetzt werden. Die Recyclinganlagen sollen soweit möglich mit Abbaustandorten oberflächennaher Rohstoffe gekoppelt werden, da die Vermarktung der Recyclingprodukte am besten an Orten mit Nachfrage nach Verfüllmaterial realisiert werden kann. Das Recyclingmaterial soll jedoch nicht nur als Schüttmaterial für den Unterbau eingesetzt werden, sondern auch als Recycling-Beton (RC-Beton) im Hochbau, wie dies in der Schweiz bereits etabliert ist. Vor allem die öffentliche Hand ist aufgrund ihrer Vorbildfunktion aufgefordert, den Einsatz von Beton-Recyclingmaterial zu steigern und über mögliche Verwendungen aufzuklären.	
M 3 Möglichst hochwertige Sekundärmaterialien	s. G (9), V (10)	
M 4 Bewertungssystem (Gütesiegel) für die Rückbaubarkeit und die Recyclingfähigkeit von Bauprodukten	Keine Steuerungsmöglichkeit im Regionalplan	
M 5 Märkte für bisher nicht genutzte Materialien schaffen	Keine Steuerungsmöglichkeit im Regionalplan	
M 6 Verwertung von Abraum und Abfall aus Großbaustellen	Keine Steuerungsmöglichkeit im Regionalplan - aber ggf. Initiative zur Ansiedlung von Recyclinganlagen (im Gespräch mit LRA RV)	
M 7 Nutzung von nachwachsenden Baumaterialien unter Berücksichtigung von Ökonomie und Ökologie	s. M 1 und M 2 bzw. G (9)	
M 8 Innovative Ansätze – Forschung	Keine Steuerungsmöglichkeit im Regionalplan	
M 9 Rohstoffsicherung – Flächeneffizienter Rohstoffabbau und Dezentralität	G (2)...bestehende Standorte möglichst vollständig abgebaut und dazu in Fläche und Tiefe erweitert werden, bevor in neue Rohstoffvorkommen eingegriffen wird... Begründung G (7)...Grundsätzlich kann die Deckung des regionalen Bedarfs durch eine entsprechende Anzahl und eine möglichst gleichmäßige Verteilung von Abbaustellen im Raum der Region mit verhältnismäßig geringen Transportentfernungen im Regelfall über das bestehende Straßennetz realisiert werden.	
M 10 Vorausschauende Planung durch frühzeitige Erkundungsmaßnahmen	Forderung einer sachgerichten Erkundung mit Übermittlung von Bohrdaten bzw. Gutachten und Prüfung des LGRB vor der Berücksichtigung von Interessengebieten im Zuge der Entwicklung der Flächenkulisse für den Regionalplanentwurf (s.a. Kap. 6.2.8 Umweltbericht: ...Ohne Erkundungsdaten bzw. ohne Vorliegen des Nachweises einer Eignung mittels der Einschätzung aus der KMR (Stufe 1 oder 2) wurden keine Gebiete als Vorranggebiete für den Abbau oder als Vorranggebiete zur Sicherung festgelegt.	
M 11 Verbesserung der Datengrundlage	s. M 10	
M 12 Verbesserung der Datengrundlage zur Abschätzung von Stoffströmen	Berücksichtigung der langjährigen Datenreihen des LGRB zur Ermittlung des regionalen Bedarfs (linear), z.T. gezielte Nachfragen und Recherche der Genehmigungsunterlagen, s. Umweltbericht 6.2.7	
M 13 Gemeinsame Rohstoffdatenbank von LGRB, den Trägern der Regionalplanung und den Unteren Verwaltungsbehörden	Die DB des LGRB wurde intensiv im Zuge der Planung verwendet. Fortschreibung bei bestehenden Standorten anhand der konkreten Förderzahlen und Rohstoff-Mächtigkeiten sowie der Reichweite bestehender Vorräte	
M 14 Verbesserung der Datengrundlage – Berücksichtigung von Substitutionsmöglichkeiten und Technologiewandel	Quantifizierung der Substitution z.B. durch Verwendung von Erdaushub ist noch nicht konkret abschätzbar.	
M 15 Verbesserung der Datengrundlage – Frühzeitige Information über betriebliche Bedarfsänderungen	s. M 13	
M 16 Reduzierung von Planungsunsicherheiten durch frühzeitige Übermittlung und Nutzung vorhandener Daten	s. M 13	
M 17 Beibehaltung der Anwendung von Zuschlägen	Im Zuge der Planung wurde eine differenzierte Berechnung von Zuschlägen verwendet (lagerstättengeologisch, Böschung, nicht verwertbare Materialien), s. Umweltbericht Kap. 6.2.8	
M 18 Ermittlung und gesonderte Betrachtung von seltenen oder besonders wertvollen Rohstoffen mit absehbarer Verknappung	s. Umweltbericht 6.2.7 ...größere Reserven für diejenigen Rohstoffgruppen, die in der Region nur an wenigen Abbaustätten abgebaut werden (Massenkalk, Ziegeleirohstoffe, Quarzsande). Diese verstärkte Sicherung ist an diesen Standorten auch angezeigt, um auf Nachfrageschwankungen reagieren zu können...	
M 19 Rohstoffsicherung mittels Vorranggebieten	Z (1) Für die Versorgung mit oberflächennahen mineralischen Rohstoffen sind im Regionalplan Vorranggebiete für den Abbau oberflächennaher mineralischer Rohstoffe festgelegt und in der Raumnutzungskarte dargestellt.	
M 20 Zeitlich gestaffelte Nutzung von Flächen	s. M 27	
M 21 Stärkung des Vollzugs	Keine Steuerungsmöglichkeit im Regionalplan	
M 22 Möglichst ähnliche Standards für Nassabbau	Leider unterschiedliche Regelungen der Landkreise	
M 23 Ausschöpfung der Potenziale von Lagerstätten im Nassabbau	s. M 9 bzw. G (2) ...	
M 24 Optimierung der Abbaumethoden zur Vermeidung der Feinsediment-Problematik	Noch Forschungsbedarf, auf Genehmigungsebene anzuordnen	
M 25 Lagerstättengerechte Anlage von Flachwasserzonen	Nassabbau nur untergeordnet vorkommend in der Region	
M 26 Prüfung des Umfangs der benötigten Flachwasserzonen	Nassabbau nur untergeordnet vorkommend in der Region	
M 27 Prüfung der Möglichkeiten praktikabler und rechtssicherer Lösungen für die Betriebe zur Förderung der biologischen Vielfalt in Abbaustätten	Leitbild nachhaltiger Rohstoffabbau (s. Kap. 6.2.1 Umweltbericht): Das Belassen strukturell vielfältiger Flächen während des Abbauperlaufs im Sinne des Naturschutzes als Mosaikflächen und Wanderbrachen für den Arten- und Biotopschutz sollte zum Ziel werden. Der naturschutzfachliche Ausgleich sollte nicht erst am Ende des Abbaus, sondern durch Ökokonto- und Ausgleichsmaßnahmen bereits während des Abbaus stufenweise erfolgen. Dies sollte von den Naturschutzbehörden entsprechend honoriert werden.	
M 28 Überprüfung der Barrieredefinition bei Rohstoffabbaustätten im Biotopverbund	Leitbild nachhaltiger Rohstoffabbau (s. Kap. 6.2.1 Umweltbericht): Die gesamthafte Biotopverbund- und Kulturlandschaftsplanung für den Planungsraum wird im Rahmen der Landschaftsrahmenplanung mit Maßnahmen weiter ausgestaltet. Die rechtliche Sicherung erfolgt durch die Festlegung als Vorranggebiete für Naturschutz und Landschaftspflege sowie Gebiete für besondere Waldfunktionen. In Absprache mit den Behörden und Umweltorganisationen sollen geeignete Verbundplanungen durch landschaftsplanerische Verträge in Rohstoffabbaugebieten flankiert werden. Ein Ausgleich außerhalb der Abbauflächen soll über Kompensationsmaßnahmen im Sinne des Freiraumkonzeptes realisiert werden.	
M 29 Prüfung von Änderungen der Vorgaben im Naturschutz- und Forstrecht	Keine Steuerungsmöglichkeit im Regionalplan	
M 30 Verbesserte Berücksichtigung der Nachnutzung im Zulassungsverfahren	Leitbild nachhaltiger Rohstoffabbau (s. Kap. 6.2.1 Umweltbericht): Konsequente, zielgerichtete Abbau- und Wiederherrichtungsplanung: Die Rekultivierungs- und Folgenutzungspläne sollen von Beginn an ein Gesamtkonzept beinhalten und sich weitestgehend an den Zielen der regionalen und örtlichen Landschaftsplanung orientieren. Entwicklungs-, Pflege- und Schutzmaßnahmen sind nötig, die sowohl während als auch nach dem Abbau greifen.	
M 31 Prozessschutzgebiete während und nach dem Rohstoffabbau	Leitbild nachhaltiger Rohstoffabbau (s. Kap. 6.2.1 Umweltbericht): Im Sinne eines nutzungsintegrierten Naturschutzes sollte die Reservierung bestimmter Habitate innerhalb der Abbauflächen im Sinne eines rotierenden Systems permanent zur Verfügung gestellt werden (s. a. Naturschutzstrategie Land Baden- Württemberg).	
M 32 Mögliche Beiträge von Gewinnungsstätten für den Erhalt und die Förderung bestimmter Waldformen	s. M 28	
M 33 Verstärkte Nutzung der Flächenagentur Baden-Württemberg für den forstrechtlichen Ausgleich	s. Regionales Kompensationsmanagement (REKO)	
M 34 Prüfung der Möglichkeiten zum Flächentausch	s. M 33	
M 35 Qualifikation der Verfahrensbeteiligten bei Öffentlichkeitsbeteiligung	Erfolgt	
M 36 Einsatz von Mediationsverfahren	Noch nicht geplant	
M 37 Öffentlichkeitsarbeit und Wissenstransfer – Landesrohstoffberichte	Keine Steuerungsmöglichkeit im Regionalplan	
M 38 Öffentlichkeitsarbeit und Wissenstransfer – Rohstoffgeologische Grundlagendaten für die Allgemeinheit: Rohstoffatlas	Keine Steuerungsmöglichkeit im Regionalplan	
M 39 Öffentlichkeitsarbeit, Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch – Veranstaltung von Rohstofftagen	Keine Steuerungsmöglichkeit im Regionalplan	
M 40 Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch – Runder Tisch Rohstoffe	Austausch mit Dialogbeirat (ISTE)	
M 41 Broschüre „Nachhaltiger Umgang mit heimischen mineralischen Rohstoffen“ in der Serie „Gut zu Wissen!“	Keine Steuerungsmöglichkeit im Regionalplan	
M 42 Teilnahme der rohstoffgewinnenden Industrie an der WINI-Charta	Keine Steuerungsmöglichkeit im Regionalplan	



Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-
Württemberg

📅 09.02.2022

GEOLOGIE

IBK-Studie gibt Aufschluss über die länderübergreifenden mineralischen Rohstoffströme in der Bodenseeregion



lgrbwissen.lgrb-bw.de © Regierungspräsidium Freiburg - LGRB, 27.10.2021

Umweltministerin Thekla Walker: „Mit der Studie wurde eine solide Datengrundlage für eine faktenbasierte Diskussion geschaffen“

In der Region Bodensee-Oberschwaben stehen die Themen Kiesabbau sowie Kiesexporte nach Österreich und in die Schweiz aktuell verstärkt in der öffentlichen Diskussion. Eine Studie des Instituts für angewandte Wirtschaftsforschung e. V. (IAW) gibt jetzt Aufschluss über die länderübergreifenden

sogenannten Stoffströme. Auftraggeber ist das Umweltministerium mit Unterstützung der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK).

Überwiegend lokale und regionale Verwendung

„Mit der Studie wurde jetzt eine solide Datengrundlage für eine faktenbasierte Diskussion geschaffen“, erklärt Umweltministerin Thekla Walker zur Studie (09.02). Demnach deuten die ermittelten Transportweiten auf eine überwiegend lokale bis regionale Verwendung der mineralischen Rohstoffe hin. Die Exporte mineralischer Rohstoffe wie Kies, Sand und Natursteine sowie verarbeiteter Produkte wie Beton und Asphalt liegen in der erwarteten Größenordnung und belasten die heimischen Vorkommen nicht über Gebühr.

Es zeichnet sich laut Studie jedoch ab, dass sich in Vorarlberg der bestehende Mangel an mineralischen Rohstoffen durch eine absehbare Verringerung der Produktionsmenge in den nächsten Jahren verstärken wird – sofern dort keine neuen Abbaustätten ausgewiesen werden. Der Produktionsrückgang müsste gegebenenfalls durch Importe aus Deutschland und Tirol kompensiert werden.

Thekla Walker betont: „Die aktuellen Exportzahlen geben keinen Anlass zur Sorge. Für die Zukunft sollte jedoch Vorsorge getroffen werden, dass sich die Rahmenbedingungen nicht ändern und die Exportquoten nicht ansteigen. Hierzu müssen alle Teilregionen ihre Hausaufgaben erledigen und neue Abbaustätten sichern, ausweisen und genehmigen.“

Für die Studie wurden eine schriftliche Befragung aller rohstoffgewinnenden und -verarbeitenden Unternehmen in der IBK-Region durchgeführt und statistische Sekundärdaten ausgewertet. Die Beteiligung in Baden-Württemberg war in den vier Landkreisen unterschiedlich groß. Während etwa im Landkreis Konstanz 78 Prozent an der Unternehmensbefragung teilnahmen, war die Beteiligung im Landkreis Ravensburg, in dem in jüngster Zeit die Pläne zum Kiesabbau kritisch verfolgt werden, mit 25 Prozent bedauerlicherweise am geringsten. Insgesamt betrachtet war die Beteiligung mit 52 Prozent jedoch überdurchschnittlich.

Die Studie kommt zu folgenden Ergebnissen:

- In allen 15 Teilregionen der IBK gibt es Vorkommen mineralischer Rohstoffe. Meist erfolgt eine raumplanerische Rohstoffsicherung, allerdings unterscheiden sich der dabei betrachtete Planungszeitraum sowie die Vorgehensweise bei der Bedarfsplanung regional.
- Das Gewinnen der mineralischen Rohstoffe ist überall genehmigungspflichtig. Eine Genehmigung wird nur bei Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen insbesondere zum Natur- und Wasserschutz erteilt.
- Feststellbar ist ein Exportüberschuss aus dem deutschen Teilgebiet nach Vorarlberg und in das Schweizer Teilgebiet. Nach der Unternehmensbefragung der Studie liegt die Exportquote des baden-württembergischen Teilgebietes bei etwa sechs Prozent.
- Um die statistische Unsicherheit bewerten zu können, die aus der regional unterschiedlichen Beteiligung bei der Unternehmensbefragung resultiert, wurde in der Studie ein Vergleich mit den Daten der Außenhandelsstatistik vorgenommen. Hieraus wird in der Studie gefolgert, dass die

Exporte mineralischer Rohstoffe aus dem baden-württembergischen Teilgebiet nach Vorarlberg in der Unternehmensbefragung nur unvollständig erfasst sind. „Wir bedauern sehr, dass die Unternehmensbefragung bei diesem so wichtigen Thema keine neuen Ergebnisse liefert und die Exportquote für das baden-württembergische Teilgebiet weiterhin nur auf Basis der Außenhandelsstatistik abgeschätzt werden kann“, erklärt Umweltministerin Thekla Walker.

- Nahezu alle Exporte erfolgen nach der Unternehmensbefragung von Standorten, deren Wegstrecke zum nächstgelegenen internationalen Grenzübergang maximal 30 Kilometer beträgt; die nach Vorarlberg aus dem deutschen Teil der IBK-Region exportierenden Standorte sind mehr als 30 Kilometer von der deutsch-österreichischen Grenze entfernt. Von der in Vorarlberg beim Abbau mineralischer Rohstoffe erhobenen Naturschutzabgabe geht – soweit erkennbar – keine Lenkungswirkung aus: Sie ist im Verhältnis zu den Rohstoff- und Transportpreisen relativ gering.
- Die ermittelten Transportweiten deuten auf eine überwiegend lokale bis regionale Verwendung der mineralischen Rohstoffe hin. „Dies entspricht einer aus ökologischen Gesichtspunkten günstigen dezentralen Gewinnung im Sinne des Rohstoffkonzepts des Landes Baden-Württemberg“, sagt Umweltministerin Walker.
- Für die Zukunft sollte laut Studie Vorsorge getroffen werden: Politik, Gesellschaft und Wirtschaft sollten sich weiter intensiv mit der Frage befassen, wie die notwendige Versorgung der Gesellschaft mit mineralischen Rohstoffen noch besser mit den berechtigten Interessen der von Abbau und Transport Betroffenen und den Belangen des Umweltschutzes vereinbart werden kann.

Zur IBK-Region gehören die baden-württembergischen Landkreise Konstanz, Ravensburg, Sigmaringen sowie der Bodenseekreis, die bayerischen Landkreise Lindau und Oberallgäu sowie die kreisfreie Stadt Kempten, das Bundesland Vorarlberg auf österreichischer Seite, die Schweizer Kantone Appenzell Ausserrhoden, Appenzell Innerrhoden, Schaffhausen, St. Gallen, Thurgau und Zürich sowie das Fürstentum Liechtenstein.

Zum Herunterladen

Studie [PDF; 11/21; 5 MB]

Link dieser Seite:

<https://um.baden-wuerttemberg.de/nc/de/service/presse/pressemitteilung/pid/ibk-studie-gibt-aufschluss-ueber-die-laenderuebergreifenden-mineralischen-rohstoffstroeme-in-der-bodense/?cHash=8726a54d33478fdec79b671ea58e170f&type=98>

An die Verbandsversammlung der Region Bodensee-Oberschwaben

Sehr geehrte Damen und Herren,

heute hat das Umweltministerium (UM) die Studie "Länderübergreifende mineralische Rohstoffströme in der Bodenseeregion" veröffentlicht. Auf Anregung der Fraktionsvorsitzenden sende ich Ihnen nachfolgend einen Link zur Pressemitteilung des UM, an deren Ende Sie ein PDF der kompletten Studie zum download finden:

<https://um.baden-wuerttemberg.de/nc/de/service/presse/pressemitteilung/pid/ibk-studie-gibt-aufschluss-ueber-die-laenderuebergreifenden-mineralischen-rohstoffstroeme-in-der-bodense/>

Wie Sie sehen, hat das UM die wesentlichen Ergebnisse der Studie sowohl kommentiert wie in Aufzählungspunkten zusammengefasst. Dazu einige Anmerkungen:

- Nach der Unternehmensbefragung der Studie liegt die Exportquote des baden-württembergischen Teilgebietes bei etwa 6%.
- Die Unternehmensbefragung hatte zwar einen überdurchschnittlichen Rücklauf von 52%, die Beteiligung im Landkreis Ravensburg war allerdings mit 25% am geringsten. Daher erklärt Umweltministerin Walker: "Wir bedauern sehr, dass die Unternehmensbefragung bei diesem so wichtigen Thema keine neuen Ergebnisse liefert und die Exportquote für das baden-württembergische Teilgebiet weiterhin nur auf Basis der Außenhandelsstatistik abgeschätzt werden kann."
- Vor diesem Hintergrund geht der Regionalverband auf Basis der Außenhandelsstatistik nach wie vor von einer Exportquote von 8-10% für die Region Bodensee-Oberschwaben aus.
- Im Gesamtüberblick aller in der Studie teilnehmenden Standorte aus Baden-Württemberg heißt es, dass 60,1% der Transporte im eigenen Kreis bleiben, 31,7% im eigenen Bundesland, 2,6% im restlichen Inland und 5,6% im Ausland.
- Weiter heißt es in der Pressemitteilung des UM: "Es zeichnet sich laut Studie jedoch ab, dass sich in Vorarlberg der bestehende Mangel an mineralischen Rohstoffen durch eine absehbare Verringerung der Produktionsmenge in den nächsten Jahren verstärken wird – sofern dort keine neuen Abbaustätten ausgewiesen werden. Der Produktionsrückgang müsste gegebenenfalls durch Importe aus Deutschland und Tirol kompensiert werden." Thekla Walker betont: „Die

aktuellen Exportzahlen geben keinen Anlass zur Sorge. Für die Zukunft sollte jedoch Vorsorge getroffen werden, dass sich die Rahmenbedingungen nicht ändern und die Exportquoten nicht ansteigen. Hierzu müssen alle Teilregionen ihre Hausaufgaben erledigen und neue Abbaustätten sichern, ausweisen und genehmigen.“

- Zur Naturschutzabgabe heißt es seitens des UM: "Von der in Vorarlberg beim Abbau mineralischer Rohstoffe erhobenen Naturschutzabgabe geht – soweit erkennbar – keine Lenkungswirkung aus: Sie ist im Verhältnis zu den Rohstoff- und Transportpreisen relativ gering."

Der Regionalverband wird nun in einem nächsten Schritt das UM zur nächsten Sitzung der Verbandsversammlung am 15. Juli 2022 einladen, um über die Studie zu den Rohstoffströmen in der Bodenseeregion sowie das Rohstoffkonzept des Landes (<https://um.baden-wuerttemberg.de/de/service/publikation/did/nachhaltige-nutzung-mineralischer-rohstoffe-in-baden-wuerttemberg-rohstoffkonzept/>) zu berichten.

Mit freundlichen Grüßen
Wolfgang Heine

Dr. Wolfgang Heine
Verbandsdirektor
Regionalverband Bodensee Oberschwaben
Hirschgraben 2, 88214 Ravensburg
Fon +49 751 36354-0
heine@rvbo.de, www.rvbo.de



Staatsministerium
Baden-Württemberg

📅 18.05.2022

WINDBRANCHENTAG

Erneuerbare Energien massiv und deutlich schneller ausbauen



© picture alliance / dpa | Rolf Haid

Beim diesjährigen Windbranchentag Baden-Württemberg in Kornwestheim hob Energiestaatssekretär Andre Baumann die überragende Bedeutung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und speziell der Windenergie heraus.

Energiestaatssekretär Andre Baumann hat beim diesjährigen Windbranchentag Baden-Württemberg am 18. Mai 2022 in Kornwestheim die überragende Bedeutung des Ausbaus der erneuerbaren Energien und speziell der Windenergie herausgehoben: „Damit wir als Land bis 2040 klimaneutral werden, unsere Abhängigkeit von fossilen Energieträgern verringern und industriepolitisch weiterhin einen Spitzenplatz einnehmen, müssen und werden wir in den kommenden Jahren Windkraft, Photovoltaik und andere erneuerbare Energien massiv und deutlich schneller ausbauen – sprich: in nie bekannten Dimensionen.“ Baumann weiter: „Windenergieanlagen sind auch bei uns im Süden die Lastesel der

neuen Energiewelt. Sie sichern unseren Wohlstand und können für Gemeinden wichtige zusätzliche Einnahmequellen sein.“

Mehr Fläche und kürzere Genehmigungsverfahren

„Wir bekommen endlich Rückenwind aus Berlin für den Windkraftausbau, aber wir müssen auch unsere eigenen Hausaufgaben machen“, sagte Andre Baumann. Eine im Herbst vergangenen Jahres eingesetzte Task Force arbeite mit Hochdruck daran, den Ausbau der Erneuerbaren Energien im Land massiv zu beschleunigen und voranzutreiben. „Wir brauchen deutlich mehr Flächen und kürzere Genehmigungsverfahren“, sagte Andre Baumann. „Jede Region des Landes muss zwei Prozent der Fläche für Windkraftanlagen und Solarparks bereitstellen. Es geht nicht mehr um das Ob, sondern um das Wo und das Wie. Die Task Force löst die Bremsen bei der Energiewende.“

Erste gute Ergebnisse der Arbeitsgruppen, die sich aus Vertreterinnen und Vertreter der verschiedenen Ressorts der Landesregierung sowie Interessensgruppen zusammensetzen, liegen vor und seien in der Umsetzung, so der Staatssekretär. Dazu gehören unter anderem:

- Die Abschaffung der Widerspruchsverfahren bei Projekten der erneuerbaren Energien: Dies kann zu einer Zeitersparnis von bis zu einem Jahr bringen und führt zu einer früheren Bestandskraft der Genehmigung.
- In den Regierungspräsidien wurde jeweils eine Art Unterstützungs- und schnelle Eingreiftruppe geschaffen, die die Landratsämter als zuständige Behörden unterstützt (Stabsstellen „Energiewende, Windenergie und Klimaschutz“).
- Der Start der Vermarktungsoffensive von Staatswaldflächen: Mit der Ausschreibung einer ersten und zweiten Tranche wurden die Voraussetzungen für bis zu 130 Windenergieanlagen im Staatsforst geschaffen – weitere werden folgen.

„Eine neue Arbeitsgruppe ‚Netze‘ wird sich nun zudem mit der Problematik der Netzanschlüsse von Wind- und Photovoltaik-Anlagen befassen“, gab der Staatssekretär bekannt. Hier komme es immer wieder zu Verzögerungen oder Hindernissen – „auch das wollen wir ändern, damit unzählige neue Windenergieanlagen und Solarparks auch ins Stromnetz integriert werden können“, so Andre Baumann.

Rückenwind aus Berlin

Rückenwind für den schnelleren Ausbau von Windkraftanlagen gibt es laut Andre Baumann mittlerweile auch aus Berlin, unter anderem mit der Öffnung der Landschaftsschutzgebiete für Windkraftanlagen. Dafür muss das Bundesnaturschutzgesetz geändert werden. „Ich begrüße es ausdrücklich, dass Landschaftsschutzgebiete für die Windkraft geöffnet werden. Unberechtigte Hemmnisse des Windkraftausbaus gilt es abzubauen“, erklärte Andre Baumann. Die Regelung des Bundes entspräche dem, wofür sich das Umweltministerium bei der Bundesregierung eingesetzt habe.

„Natürlich wird es Zeit brauchen, bis die Anstrengungen der Task Force greifen. Wir arbeiten engagiert an weiteren Lösungen, damit wir bei der Windkraft die Zubauzahlen erreichen, die wir für eine lebenswerte Zukunft für uns und kommende Generationen benötigen“, ergänzte Andre Baumann.

Windbranchentag Baden-Württemberg

Nach zwei Jahren als Online-Veranstaltung findet der Windbranchentag Baden-Württemberg in diesem Jahr wieder in Präsenz statt. Der Windbranchentag, der vom Bundesverband Windenergie in Partnerschaft mit dem Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft veranstaltet wird, ist eine wichtige Austausch- und Netzwerkplattform für Vertreterinnen und Vertreter der Windenergiebranche, Politik, Verwaltung, Kommunen und Wissenschaft.

[Bundesverband Windenergie: Windbranchentag Baden-Württemberg](#)

Link dieser Seite:

<https://stm.baden-wuerttemberg.de/de/service/presse/pressemitteilung/pid/erneuerbare-energien-massiv-und-deutlich-schneller-ausbauen/?cHash=41f3e43e8187eddf91ac809d6fca1b52&type=98>